

**N I E D E R S C H R I F T**

über die Sitzung **des Jugendhilfeausschusses** der Stadt Burgdorf am **08.03.2007** im Kindergarten der AWO,  
Schwüblingser Weg 29, 31303 Burgdorf

16.WP/JHA/002

Beginn öffentlicher Teil: 16:40 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:00 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend:    Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

**Vorsitzende**

Gersemann, Christiane

**stellv. Vorsitzende**

Ethner, Regina

**Mitglied/Mitglieder**

Leykum, Maria  
Meinig, Birgit  
Rück, Stefanie  
Wackerbeck, Ursula

**Grundmandatar/e**

Wunn, Ina Prof. Dr. Dr.

**Vertreter/innen der Jugendverbände**

Kardolsky, Thorsten  
Rheinhardt, Michael

**Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände/Träger der freien Jugendhilfe**

Bittkau, Gisela  
Meine, Agnes

**Beratende/s Mitglied/er**

Erzieherin	Adlunger, Birte
Kath. Kirche	Beigel, Leo
Sozialarbeiterin	Börges, Bärbel
Vertreterin des örtlichen Kinderschutzbundes	Goldbach, Jutta
Lehrkraft	Kuchenbecker-Rose, Antje
Leiter des Jugendamtes	Niemann, Jens
Vertreter der Interessen ausländ. Kinder und Jugendlicher	Paul, Matthias

Richter	Pinkenburg, Hartmut Dr.
Diakonin der Ev. Kirche In der Mädchenarbeit er- fahrene Frau	Singer, Caroline Stichtmann, Ursula
Stadtjugendpfleger	Witte, Bernd

**Verwaltung**

Barm, Henry  
Beneke, Ernst-August

**Gast/Gäste**

Böhlke, Beate  
Wißmer, Heike

**TAGESORDNUNG**

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Verpflichtung der berufenen Mitglieder
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.11.2006
4. Aussprache über die Besichtigung der Kindertagesstätte der AWO
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
6. Familienhebamme
7. Rückerstattung des Entgeltes für die Mittagsverpflegung in den Kitas schon ab wö-  
chentlicher Abwesenheit
  - 7.1. Staffelung des Essengeldes bei niedrigem Einkommen
8. Ausbau der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten
9. Kita - Konzepte
10. Kindergarten Ehlershausen
11. Krippenplätze im Kindergarten Fröbelweg
12. Zuschuss Kinderspielhaus
13. Kindergartenbedarfsentwicklung/Kindergartenbedarfsplanung 2007
  - 13.1. Kindergartenbedarfsentwicklung
  - 13.2. Kindergartenbedarfsplanung 2007
14. Kinderbetreuung durch die Kirchengemeinde St. Paulus

15. Niedersächsisches Förderprogramm "Familie mit Zukunft - Kinder bilden und betreuen"
16. Pilotprojekt: Erziehungsbeistandschaften im Kindergarten  
Bezugsvorlage: 01232/00/06
17. Förderrichtlinien zur Jugendarbeit der Stadt Burgdorf
18. Bericht über den Sachstand zum "Bündnis für Familien"
19. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### Öffentlicher Teil

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Frau Gersemann** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

**Frau Gersemann** schlägt eine Veränderung der Tagesordnung vor. Der Tagesordnungspunkt 7 soll um den Tagesordnungspunkt 7.1 „Staffelung des Essengeldes bei niedrigem Einkommen“ (Antrag der SPD-Fraktion) erweitert werden. Einwendungen bestehen nicht. Die veränderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

#### **2. Verpflichtung der berufenen Mitglieder**

---

Die nicht im Rat vertretenen Ausschussmitglieder werden durch die Vorsitzende, **Frau Gersemann**, verpflichtet.

#### **3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.11.2006**

---

**Frau Meinig** weist auf eine Verwechslung im Protokoll mit Frau Meine hin.

**Herr Beigel** erklärt, dass die im Protokoll notierte „ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit“ in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 07.11.2006 nicht vorgelegen habe.

**Frau Gersemann** verweist auf die Sitzung vom 07.11.2006. Dort seien die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung ausführlich diskutiert worden.

**Herr Baxmann** verdeutlicht, dass das Verfahren im Jugendhilfeausschuss vom 07.11.2006 ordnungsgemäß gewesen sei und daher die Beschlussfähigkeit bestanden habe.

Die geänderte Tagesordnung wurde mit 10 Stimmen bei einer Stimmenthaltung

angenommen.

#### 4. **Aussprache über die Besichtigung der Kindertagesstätte der AWO**

---

**Frau Gersemann** bedankt sich für die Einladung bei der Leiterin der Kindertagesstätte, Frau Bormann, und freut sich, dass für Einzelprojekte der AWO-Kindertagesstätte 2.000,00 € in den Haushalt der Stadt Burgdorf eingestellt worden seien.

**Frau Bormann** begrüßt hierauf die Anwesenden und weist auf ein Hand-out hin, welches die Arbeit und die Projekte der Kindertagesstätte vorstellt.

**Frau Gersemann** bittet Frau Bormann um Erläuterungen zur Fachberatung.

**Frau Bormann** teilt mit, dass die Arbeit der Fachberatung auf zwei Ebenen stattfindet. Die Einrichtungsleitung könne sich fachlich beraten lassen und neue Hinweise aufnehmen, auch für Dienstbesprechungen. Die Mitarbeiterinnen könnten mit der Fachberatung Rücksprache halten bzw. sich Fragen gezielt beantworten lassen.

#### 5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Herr Beneke** teilt mit, dass Informationen zum gebührenfreien Kindergartenjahr bisher nur aus der Presse zu entnehmen seien.

**Herr Beneke** informiert über die Auflösung des Landesjugendamtes. Dieses sei mit den Aufgaben der Tageseinrichtungen und der Tagespflege in das Kultusministerium eingegliedert worden.

Des Weiteren erinnert **Herr Beneke** daran, dass der Jugendhilfeausschuss den Anbau an die Kindertagesstätte Ramlingen-Ehlershausen empfohlen hat. Der geplante Grundriss liege dem Ausschuss nunmehr vor (siehe Anlage). Mit der Fertigstellung sei spätestens im Februar 2008 zu rechnen. Das Raumprogramm sei mit den Nutzern abgestimmt, es erfolge derzeit noch die Feinplanung.

Die 25 Plätze in der Kindertagesstätte Ehlershausen seien schnell belegt gewesen, so **Herr Beneke**. Jedoch sei die angebotene Nachmittagsbetreuung mit Tagesmüttern mangels Nachfrage nicht umgesetzt worden.

**Herr Beneke** berichtet, dass eine gemeindeübergreifende Kinderbetreuung im Einzelfall möglich sei. Es gebe eine Vereinbarung in der Region Hannover, aus der sich jedoch kein Rechtsanspruch ableiten lasse. Die Ausgleichzahlungen seien zwischen den Kommunen geregelt.

Entsprechend dem Beschluss des Verwaltungsausschusses sei das Essengeld für Arbeitslosengeld II-Empfänger auf 20,00 € abgesenkt worden, so **Herr Beneke**.

Zur Krippe Lebenshilfe teilt **Herr Beneke** mit, dass an den Kultusminister am 28.12.2006 ein Brief geschrieben worden sei. Eine Antwort hat die Verwaltung am 15.02.2007 erhalten. Hierin sei auf die Zuständigkeit der

Region Hannover verwiesen worden. Somit sei zur Zeit unklar, wie es weitergehe.

Die Sprachförderung für Migrantenkinder sei für ein Jahr weiter bewilligt, so **Herr Beneke**.

In Beantwortung einer offengebliebenen Frage aus der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilt **Herr Beneke** mit, dass die Sonderdienstcoupons überwiegend für die Betreuung genutzt würden.

**Herr Witte** informiert darüber, dass das Osterprogramm verteilt sei. Hierin seien 80 Veranstaltungen enthalten. Des Weiteren teilt **Herr Witte** mit, dass die Preisverleihung für den Literaturwettbewerb am 27.04.2007 stattfinden werde.

**Herr Baxmann** erklärt, dass die Region Hannover und die Stadt Burgdorf das ihnen Mögliche zur Unterstützung der Krippe Lebenshilfe getan hätten. Die Verantwortung dafür, dass das Projekt nicht realisiert werde, liege s. E. eindeutig beim Land.

**Frau Börges** stimmt Herrn Baxmann zu. Es sei ein schwieriges Thema. Keiner wolle das Projekt finanzieren. Das Ziel müsse aber für die behinderten Kinder erreicht werden.

**Frau Gersemann** bittet die Verwaltung, den Architektenentwurf zum Anbau an die Kita Ehlershausen dem Jugendhilfeausschuss vorzustellen, ohne dass dadurch der Zeitplan verschoben werde.

## 6. Familienhebamme Vorlage: 2007 0100

---

**Frau Rück** verliest den Antrag und erläutert, dass eine Familienhebamme problematische Fälle betreuen und unterstützen sowie Gefahren erkennen könne.

**Herr Niemann** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in Einzelfällen bereits mit Hebammen zusammengearbeitet werde. Die Abrechnung erfolge gemäß niedersächsischer Hebammengebührenverordnung. Das Landesprogramm verpflichte Kommunen, eine halbe Stelle für einen Sozialarbeiter zu schaffen. Die Kosten verblieben größtenteils bei den Kommunen. In der Stadt Burgdorf fehle für dieses Projekt eine ausreichende Klientel.

### **Beschlussvorschlag:**

**Die Verwaltung möge prüfen, inwieweit in der Stadt Burgdorf die Arbeit einer ausgebildeten Familienhebamme angeboten bzw. in Anspruch genommen werden kann (als Selbständige oder in Trägerschaft eines Wohlfahrtsverbandes oder eines sonstigen Trägers). Die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten sollen ermittelt und dargestellt werden. Des Weiteren soll geprüft werden, wer zur Finanzierung dieser Arbeit herangezogen werden kann, wer also Kosten-Träger sein könnte.**

*- Einstimmiger Beschluss -*

**7. Rückerstattung des Entgeltes für die Mittagsverpflegung in den Kitas schon ab wöchentlicher Abwesenheit**  
**Vorlage: 2007 0126**

---

**Frau Ethner** erläutert, dass der Antrag der CDU-Fraktion auf eine Frage in der Einwohnerfragestunde der letzten Jugendhilfeausschusssitzung zurückgehe. Sie regt die Einwohner hier zur weiteren Mitarbeit an.

**Herr Beneke** teilt mit, dass die Stadt Burgdorf feste Kosten für die Betreuung und für die Küchenhilfe habe, die bei einer eventuellen Veränderung bestehen blieben.

**Frau Rück** möchte von der Verwaltung wissen, welches der geringstmögliche Termin zur Abbestellung wäre.

**Frau Ether** weist darauf hin, dass Unterschiede bei den Gründen für die Abbestellungen zu machen seien, zum Beispiel zwischen kurzfristigen Abbestellungen aus Krankheitsgründen und langfristig planbaren Gründen wie Urlaub.

**Frau Wißmer** schlägt eine halbjährliche Zurückrechnung vor.

Da die Verwaltung eine angemessene Reaktionszeit benötige, schlägt **Herr Baxmann** dem Ausschuss vor, dass eine entsprechende Vorlage mit den Kosten erstellt und dann eine Entscheidung getroffen werden sollte.

**7.1. Staffelung des Essengeldes bei niedrigem Einkommen**  
**Vorlage: 2007 0143**

---

**Frau Gersemann** stellt den Antrag der SPD-Fraktion zur Staffelung des Essengeldes bei niedrigem Einkommen mündlich vor.

**Beschlussvorschlag:**

**Beschlussvorschlag:**

**Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zu entwerfen, das eine Staffelung der Gebühren für das Mittagessen in den Kindertagesstätten unter Berücksichtigung des jeweiligen Familieneinkommens vorsieht. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Einnahmeausfälle sollen ermittelt und dargestellt werden.**

**Darüber hinaus ist zu prüfen, welche Mehrkosten bei den Zuwendungen an freie Träger für Kindertagesstätten entstünden, würde dieses Konzept auch für alle Kindertagesstätten in Burgdorf gelten.**

*- Einstimmiger Beschluss -*

**8. Ausbau der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten**  
**Vorlage: 2006 0076**

---

**Frau Gersemann** verweist auf den damaligen Antrag der SPD-Fraktion. Dieser sah auch eine Berücksichtigung der freien Träger vor. Jedoch soll-

ten für den Einstieg zuerst die städtischen Kindertagesstätten berücksichtigt werden.

Da der erste Teil des FDP-Antrages schon umgesetzt wurde, schlägt **Frau Gersemann** folgende Beschlussfassung vor.

**Beschlussvorschlag:**

**Zukünftig sollen bei der Entwicklung der pädagogischen Konzepte und deren Umsetzung auch die Kindertagesstätten der freien Träger eingebunden werden und Berücksichtigung finden.**

*- Einstimmiger Beschluss -*

**9. Kita - Konzepte  
Vorlage: 2007 0133**

---

**Frau Adlunger** erläutert das Konzept der Sprachförderung. Den Kinder soll hierbei die Möglichkeit gegeben werden, frei zu sprechen, um dann auf auftretende Auffälligkeiten einzugehen (siehe Konzept).

**Frau Böhlke** stellt das Konzept der Motopädie vor. Hier sollen die Fachkräfte die Mitarbeiterinnen mit therapeutischen Arbeitsweisen unterstützen. Das Projekt sollte mindestens den Zeitraum eines halben Jahres abdecken, um einen sichtbaren Erfolg zu erzielen (siehe Konzept).

**Frau Rück** weist darauf hin, dass das gesamte Budget einzusetzen sei.

**Frau Leykum** erfragt, ob es nicht besser sei, die Mitarbeiterinnen intensiver fortzubilden.

Hierauf erwidert **Frau Böhlke**, dass die Mitarbeiterinnen nicht noch mehr Aufgaben übernehmen könnten als bisher. Außerdem nähmen die Mitarbeiterinnen an regelmäßigen Fortbildungen teil. **Herr Beneke** verweist auf die Ausgangslage, bei der die Entscheidung des Ausschusses zu Gunsten der Durchführung von Einzelprojekten ausfiel.

**Herr Baxmann** weist darauf hin, dass, sofern das Konzept auf freie Träger ausgeweitet werde, mit erheblichen zusätzlichen Kosten zu rechnen sei. Das gelte auch für die weiter diskutierten Maßnahmen zum qualitativen und quantitativen Ausbau der Betreuungsangebote.

**Frau Rück** fehlt eine Kostenaufteilung. Hierauf teilt **Herr Beneke** mit, dass das Projekt der Sprachförderung über einen Zeitraum von drei Monaten angelegt sei und hierfür Kosten in Höhe von 12.500,00 € entstünden. Für das Projekt Motopädie entstünden Kosten in Höhe von 5.000,00 €. Dieses Projekt sei vorerst auf ein halbes Jahr in zwei Kindertagesstätten angelegt.

**10. Kindergarten Ehlershausen  
Vorlage: 2007 0112**

---

**Frau Ethner** bittet darum, solche Projekte rechtzeitig zu planen, da hiermit außerplanmäßige Kosten verbunden seien, die bei Erstellung des

Haushalt es schon Berücksichtigung finden sollten.

**Beschlussvorschlag:**

**Zu a) Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den Beschluss zu b) zu fassen**

**Zu b) Der Verwaltungsausschuss beschließt, die Betreuungszeit im Kindergarten Ehlershausen ab dem 01.08.2007 bis 14.00 Uhr auszuweiten. Zum gleichen Termin soll ein Essen angeboten werden.**

**Ein Betrag von 4.000,- € zum Ankauf von Essen ist außerplanmäßig bereit zu stellen.**

*- Einstimmiger Beschluss -*

**11. Krippenplätze im Kindergarten Fröbelweg  
Vorlage: 2007 0114**

---

**Beschlussvorschlag:**

**Zu a) Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den zu Beschluss zu b) zu fassen.**

**Zu b) Der Verwaltungsausschuss stimmt der Einrichtung von 8 Krippenplätzen zu Lasten von 12 Kindergartenplätzen im Kindergarten Fröbelweg zu. Das Krippenangebot sollte im Jahr 2008 auf eine volle Krippengruppe ausgeweitet werden.**

**Die erwarteten Mehrkosten von rund 8.100,- € für das laufende Jahr sind zu gegebener Zeit über eine überplanmäßige Ausgabe bereit zu stellen. Der Rat der Stadt Burgdorf wird gebeten, den erwarteten Mehrbetrag von 19.500,-€ ab dem Jahr 2008 im Haushalt bereit zu stellen.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Kirchengemeinde eine Ergänzungsvereinbarung zum Betrieb der Krippe abzuschließen.**

*- Einstimmiger Beschluss -*

**12. Zuschuss Kinderspielhaus  
Vorlage: 2007 0115**

---

**Herr Beneke** teilt mit, dass bei der Verwaltung das Ergebnis einer Unterschriftenaktion mit dem Ziel, eine Betreuung bis 15.00 Uhr anzubieten, eingegangen sei. Die verbleibende Betreuungszeit kann mit Tagesmüttern abgedeckt werden.

**Beschlussvorschlag:**

**Zu a) Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den unter b) formulierten Beschluss zu fassen.**

**Zu b) Der Verwaltungsausschuss beschließt zur Abdeckung des Defizits dem Verein Kinderspielhaus e.V. für das Jahr 2006 einen Zuschuss von max. 3.500,- € zu gewähren.**

**Zum nächstmöglichen Zeitpunkt soll das Betreuungsangebot im Kinderspielhaus von 13.00 Uhr auf 15.00 Uhr ausgeweitet werden.**

**Die Mehrkosten sind wie vorgeschlagen zu finanzieren. Das Jahr 2007 ist dann abweichend von der Vereinbarung entsprechend dem entstehenden Defizit abzurechnen. Der Betrag von 2.750,- ist im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe bereitzustellen.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verein Kinderspielhaus eine Vereinbarung dahingehend abzuschließen, dass ab dem Jahr 2008 ein einheitlicher Budgetbetrag je Kindergartenplatz gezahlt wird. Der Rat der Stadt Burgdorf wird gebeten, den erwarteten Mehrbetrag von 18.000,- € ab dem Jahr 2008 im Haushalt bereit zu stellen.**

*- Einstimmiger Beschluss -*

**13. Kindergartenbedarfsentwicklung/Kindergartenbedarfsplanung 2007**

---

**13.1. Kindergartenbedarfsentwicklung  
Vorlage: 0040/06/16.WP**

---

**13.2. Kindergartenbedarfsplanung 2007  
Vorlage: 2007 0117**

---

**Herr Beneke** stellt einleitend die Problematik einer aussagekräftigen Bedarfsplanung dar. Sodann skizziert er den zukünftigen Bedarf an Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen bei unterschiedlichen Grundannahmen in der Stadt Burgdorf.

**Frau Rück** favorisiert Variante drei, da es schwer falle, zu ermitteln, mit welchem Bedarf gerechnet werden müsse.

**Frau Wißmer** teilt mit, dass der Kindergartenbeirat ebenfalls die Variante drei bevorzuge.

**Frau Ethner** bittet darum, dass, sofern auf alte Vorlagen Bezug genommen werde, diese Vorlagen den neuen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

**Beschlussvorschlag:**

Zu a) und b) Der Jugendhilfeausschuss/Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf folgenden Beschluss zu fassen:

Zu c) Der Rat der Stadt Burgdorf stellt in Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung von 2006 (Vorlage-Nr. 01202/00/006) das vorhandene Angebot an Kindergärten, Horten und Krippen und den entsprechenden Bedarf gem. der Anlagen zu dieser Vorlage fest und favorisiert ausdrücklich die Variante 3 der Anlage.

- Einstimmiger Beschluss -

**14. Kinderbetreuung durch die Kirchengemeinde St. Paulus  
Vorlage: 2007 0116**

---

**Herr Paul** erläutert die Idee, die mit der Krippenbetreuung verfolgt wird. Es besteht der Wunsch der Eltern, das Angebot auszubauen. Die Sachkosten bleiben gleich, jedoch steigen die Personalkosten.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den Zuschuss für die Kinderbetreuung durch die Kirchengemeinde St. Paulus von 7.160,00 € auf 8.600,00 € zu erhöhen.**

- Einstimmiger Beschluss -

**15. Niedersächsisches Förderprogramm "Familie mit Zukunft - Kinder bilden und betreuen"  
Vorlage: 2007 0129**

---

**Herr Niemann** führt aus, dass es gesetzlicher Wille sei, die Tagespflege auszubauen. Eine gezielte Beratung zu den vor Ort vorhandenen Betreuungsangeboten sei zudem erstrebenswert. Das Förderprogramm decke sich mit den Vorstellungen der Verwaltung.

**Beschlussvorschlag:**

**a) Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, mit Fördermitteln des Landes Niedersachsen eine Familienservice-stelle in Burgdorf mit einer halben Stelle einzurichten und die Tagespflege entsprechend auszubauen**

**b) Der Verwaltungsausschuss fasst den unter a) genannten Beschluss.**

- Einstimmiger Beschluss -

16. **Pilotprojekt: Erziehungsbeistandschaften im Kindergarten**  
**Bezugsvorlage: 01232/00/06**  
**Vorlage: 2007 0128**
- 

**Herr Niemann** informiert den Ausschuss darüber, dass sich das Projekt etabliert hat. Die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt hätte aber durchaus besser sein können.

**Frau Rück** bringt zum Ausdruck, dass dem Projekt mit Vorbehalten zugestimmt worden sei, aber jetzt aufgrund der erfolgten Arbeit ein gutes Gefühl bestehe.

17. **Förderrichtlinien zur Jugendarbeit der Stadt Burgdorf**  
**Vorlage: 0018/06/16.WP**
- 

**Herr Witte** informiert den Ausschuss darüber, dass die Beträge geringfügig angehoben worden seien.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt die als Anlage beigefügten neuen Förderrichtlinien zur Jugendarbeit der Stadt Burgdorf. Die Richtlinien treten rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft.**

*- Einstimmiger Beschluss -*

18. **Bericht über den Sachstand zum "Bündnis für Familien"**
- 

**Frau Gersemann** berichtet über den Planungsworkshop und die Konstituierung einer Arbeitsgruppe, die sich bereits mehrmals getroffen hat. Durch den Referenten, Herrn Hirschbaum, seien wichtige Impulse gegeben und Informationen vermittelt worden. Die verstärkte Mitarbeit der Wirtschaft werde aber benötigt. Die Auftaktveranstaltung werde am 15.05.2007 in Burgdorf stattfinden. Ein Kinderfest sei für den 03.06.2007 geplant. Ein sozialer Wegweiser sei zudem in Vorbereitung.

19. **Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**
- 

**Herr Beigel** erfragt, warum das Kinderhaus Regenbogen eine erlaubnispflichtige Einrichtung sei. Hierauf erläutert **Herr Niemann**, dass aufgrund der Konzeption des Kinderhauses seitens des Landesjugendamtes zunächst von einer Einrichtung ausgegangen wurde, die nicht in den Bereich der Jugendhilfe falle. Jedoch sei dann im November durch das Landesjugendamt festgestellt worden, dass es sich um eine betriebserlaubnispflichtige Einrichtung handle. Aufgrund dessen sei das Jugendamt der Stadt Burgdorf in den Entscheidungsprozeß eingebunden worden. Die Einrichtung sei gut ausgelastet. **Frau Goldbach** erläutert, dass die Abrechnung direkt mit den Krankenkassen erfolge und die Startprobleme mittlerweile behoben seien. Die Arbeit des Kinderhauses sei sehr transparent.

**Frau Gersemann** trägt die Bitte der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Pape, vor, die den Jugendhilfeausschuss bittet, sich an die Verwaltung zu wenden, damit die Gleichstellungsbeauftragte Sitzungsvorlagen rechtzeitig erhalte. **Herr Baxmann** findet das Vorgehen ungewöhnlich, dass eine Mitarbeiterin der Verwaltung sich über den Ausschuss an die Verwaltung wendet.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzende

Protokollführer